

Neustart!

Was für das Land Österreich versprochen wird, muss auch im Schulwesen gelten.
Und in der Gewerkschaftsarbeit.

Langeweile kann man der österreichischen Innenpolitik der letzten Wochen wahrlich nicht vorwerfen. Ein neuer Bundeskanzler, neue Gesichter in den Ministerien, ein versprochenes neues Amtsverständnis und nicht zuletzt das Gelöbnis, mit dem Koalitionspartner in der Regierung in Hinkunft anders umzugehen.

Die Vorsätze sind garantiert ernst gemeint – zu offensichtlich ist geworden, dass ein Weitermachen wie bisher der sichere Weg für SPÖ und ÖVP in die politische Bedeutungslosigkeit wäre. Bloß – wie soll aus Positionen heraus, auf denen man sich seit Jahrzehnten einzementiert hat, eine Dynamik entwickelt werden, wenn die Strukturen die gleichen bleiben?

Im schulischen Bereich regt sich Hoffnung, mit der neuen Ministerin Bewegung in erstarrte Fronten zu bekommen. BMin Sonja Hammerschmid hat in ihrer Antrittsrede erklärt, ihr Ziel sei „ein Bildungssystem, in dem alle die Chance auf die beste Bildung erhalten“. Was braucht es, um das umzusetzen?

- Zuallererst wohl einen Regierungspartner, der mitzieht. Das funktioniert aber nur, wenn über das Ziel Einigkeit besteht.
- Eine Definition der Aufgaben von Schule im Spannungsfeld gesellschaftlicher Umwälzungen und das Bekenntnis dazu, die notwendigen räumlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen sicherzustellen.
- Echte Entscheidungskompetenzen an den Schulen statt einer Pseudo-Autonomie, in der verunsicherte SchulleiterInnen



von **Haymo Sternath**
(HTL Graz – Bulme)

wegen jeder Kleinigkeit „oben“ nachfragen müssen.

- Vorstellungen davon, wie zeitgemäßer Unterricht in einem positiven Umfeld ablaufen soll. Da braucht es pädagogische Konzepte, die über das Aneinanderreihen von Stunden verschiedener Gegenstände hinausgehen.
- Ein Dienstrecht, das es den Schulen und den an ihnen Tätigen möglich macht, produktiv mit den SchülerInnen zu arbeiten, ohne durch das kleinliche Zählen von Einzelstunden tagtäglich in der Abrechnungsmühle gefangen zu sein.

- Genügend finanzielle Mittel, die sinnvoll eingesetzt werden. In den letzten Jahren sind Unsummen in fragwürdige Abenteuer wie die Zentralmatura und in die Einführung neuer Verwaltungssoftware geflossen; vor uns steht ein weiteres Aufblähen des Aufwandes mit der Oberstufenreform, deren Einführung – nicht ohne Grund – ohnehin bereits wieder verschoben worden ist.

Diese kleine Liste ist alles andere als vollständig. Im Gegenteil, sie reißt die Problematik gerade einmal an, die Baustelle ist gigantisch. Wie soll ein System, an dem schon ewig lang herumgedoktert worden ist, in einem vernünftigen Zeitrahmen an die Erfordernisse angepasst werden?

Was macht die Gewerkschaft?

Eine Rolle spielt natürlich die Gewerkschaft als Interessensvertretung der Lehrerinnen und Lehrer. Im Zuge der Bestellung der ▷

▷ Unterrichtsministerin wurde – meist in Nebenbemerkungen – immer wieder darauf hingewiesen, dass eine der harten Nüsse, die sie zu knacken haben würde, „die Lehrgewerkschaft“ sei – zu verstehen als Synonym für den Granit, auf den jeder beißt, der irgendetwas in der Schule verändern möchte. Nun mögen manche dieses Prädikat für eine Art Ehrentitel halten, der zeigt, wie konsequent unsere Interessensvertretung arbeitet. Tut sie ja auch, daran gibt es keinen Zweifel. Unendlich viele SpezialistInnen für Dienstrecht, Pensionsrecht, Besoldung etc. in den Sektionen, Landesverbänden und Betriebsausschüssen haben Antworten auf alle Fragen, sie beraten ihre Mitglieder, verhandeln mit dem Dienstgeber, nehmen Anfragen aus den Dienststellen entgegen und geben Informationen dorthin zurück. Und wenn es sein muss, organisieren sie auch Protestversammlungen bis hin zu Großveranstaltungen mit 40.000 TeilnehmerInnen. Das ist schon eine gewaltige Leistung!

Erstaunlich ist jedoch, dass es mit dem Ruf der Gewerkschaft nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb ihrer Mitglieder nicht gerade zum Besten steht. Das hat teilweise mit dem offensichtlichen Transparenz- und Demokratiedefizit zu tun, von dem gerade wir Unabhängigen GewerkschafterInnen ein Lied singen können: Mehr als 30 Jahre (!) hat es gedauert, bis die GÖD uns als Fraktion anerkannt hat – 30 Jahre, in denen wir bei sämtlichen Wahlen auf PV- und Gewerkschaftsebene angetreten und von den LehrerInnen in die verschiedenen Gremien gewählt worden sind. Dieser lange Weg zeigt, wie beharrlich das Ringen um Veränderungen sein muss.

Und die Unabhängigen GewerkschafterInnen?

Angetreten sind wir allerdings nicht, um letztlich bloß als dritte Fraktion neben FCG und FSG im Prinzip die gleiche Arbeit zu tun. Es muss doch einen merkbaren Unterschied geben – nicht nur in der Sprache, im Auftreten, in der Kommunikation nach innen und außen, sondern in den Inhalten.

Unsere Publikationen, sei es der Kreidekreis, sei es die SteiLeZeit, befassen sich seit jeher mit Fragen von Schuldemokratie, von innerer Schulorganisation, mit pädagogischen Konzepten und mit der Diskussion von Fragen, die unseren schulischen Alltag beleuchten. Wenn es aber an die gewerkschaftliche Arbeit in den diversen Landes- und Bundesgremien geht, treten diese „weichen Themen“ schlagartig in den Hintergrund, da dominieren Gehaltsgesetz, Dienstrecht, Pensionsgesetz, Arbeitszeitgesetz. Wichtige Fragen, zweifellos, doch in all diesen Sachbereichen wird die Gewerkschaft immer nur reagieren können, nach dem Muster „Regierung legt einen Gesetzesentwurf vor – wenn sie die Gewerkschaft überhaupt einbezieht – und die Gewerkschaft versucht dann, die ärgsten Verschlechterungen in zähen Verhandlungen zu verhindern“. Dies funktioniert in der Regel so, dass mit Zusatzbestimmungen einer massiven Einbuße ein kleiner Bonus

gegenübergestellt wird. Beispiel: Wir unterrichten am ersten Tag einer mehrtägigen Schulveranstaltung in der Früh noch eine Stunde, damit wenigstens dieser eine Tag frei von finanziellen Einbußen bleibt. Abfahrt 8 Uhr 45.

Ich weiß, die Gewerkschaft ist keine Bildungsplanungsorganisation, sondern eine Interessensvertretung, also konzentriert sie sich auf die oben genannten Kernbereiche und sichert das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Mitglieder, so gut es geht. Dass damit aber die Schule in ihrer Gesamtheit nicht besser wird, ist auch klar, und wenn wir schon immer wieder darauf hinweisen, dass wir, die an den Schulen Tätigen, die eigentlichen Fachleute sind, dann müssen wir dieses Fachwissen auch in die Schulentwicklung einbringen. Wer denn sonst? Wir verfügen mit der GÖD über einen beachtlichen Apparat mit Vorstand, Präsidium, Bereichs- und Abteilungsleitungen inklusive Rechtsabteilung, Bundes- und Landesgremien und weit über 200.000 Mitgliedern, den wir mit unseren Beiträgen finanzieren, und lassen das Potential weitgehend brachliegen. Die Schulen sind ein Teil dieser Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, und welche Inhalte wir forcieren, welchen Beitrag zum großen Projekt „Chancen auf beste Bildung für alle“ wir leisten wollen, das müssen wir – WIR! – selbst wissen. Das sagt uns kein GÖD-Vorsitzender, und das findet seinen Weg in die Agenden nur, wenn wir uns auf das Abenteuer „Brain Trust LehrerInnen-Gewerkschaft“ einlassen.

Dass dies auch ein Mittel sein kann, unser oben angesprochenes Ansehen in der Öffentlichkeit zu stärken, ist ein erfreulicher Nebeneffekt. Weg vom Image der „Verhinderer“ hin zu einem Player, dessen Wort Gewicht hat, weil sein Beitrag essenziell ist. Die derzeitige politische Situation bietet auf jeden Fall die Möglichkeit, dass wir uns von Anfang an als Partner in die Aufbauarbeit einbringen, Konzepte formulieren und das Verständnis von Gewerkschaftsarbeit von der Funktion einer Feuerwehr hin zu einem Thinktank weiterentwickeln.



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen

Aktuelle Informationen unter <https://www.facebook.com/STELI.UG> und www.steli-ug.at

Impr.: Steirische Lehrer/innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (STELI-UG), Kalvarienbergstraße 127/5, 8020 Graz.
Verantwortliche Redakteure dieser Ausgabe: Alfons Wrann, Haymo Sternat. Druck: Khil, Graz.

Neue Oberstufe: Fakten, Ziele, Problembereiche

Seit etwas über einer Woche wissen wir, dass die 2012 gesetzlich beschlossene und ursprünglich im kommenden Herbst umzusetzende Neue Oberstufe (NOST) nach den AHS und BMS nun auch an den BHS auf Ansuchen des Direktors/der Direktorin, nach Anhörung durch den SGA, bis 2018 oder 2019 verschoben werden kann.

Es ist dem Einsatz der Gewerkschaft, den Eltern- und SchülerInnenvertretungen und nicht zuletzt der unabhängigen Online-Petition von Christian Schartner aus Oberösterreich zu verdanken, dass diese Verschiebung möglich wurde. Das so entstandene Zeitfenster muss nun unbedingt genutzt werden, um die Defizite, die die NOST aufweist, auszugleichen!

Geben wird es die Neue Oberstufe bekanntlich an allen mindestens dreijährigen Oberstufenformen ab der 10. Schulstufe, d.h. ab der 6. Klasse AHS bzw. dem 2. Jahrgang/der 2. Klasse BMHS. In etwa 200 Schulen österreichweit, hauptsächlich an BHS, wird die NOST bereits in Pilotprojekten erprobt.

Was bringt sie Neues?

Der Lernstoff wird in je ein Semester umfassende Module eingeteilt. Bei einer negativen Note in einem Fach muss nicht die ganze Klasse wiederholt, sondern nur das jeweilige Modul positiv abgeschlossen werden. Dafür gibt es drei Versuche. Mit bis zu zwei „Nicht genügend“ kann man aufsteigen, einmal im Verlauf der Oberstufe sogar mit drei (nach Beschluss der Klassenkonferenz). Bis zur Matura müssen allerdings alle Module nachgeholt bzw. positiv abgeschlossen sein.

Zur Unterstützung der SchülerInnen gibt es die Individuelle Lernbegleitung (ILB). Lernbegleiter/in kann nach erfolgreichem Abschluss einer 3-stufigen Ausbildung an den PHs (je drei Tage, nur das erste Modul ist verpflichtend, für Modul zwei und drei können andere Aus- und Fortbildungen angerechnet werden) jede/r Lehrer/in einer Schule werden. SchülerInnen, die ein oder mehrere Module nachholen müssen, stellen ein Ansuchen um Lernbegleitung nach der ersten Frühwarnung. Die LernbegleiterInnen unterstützen die betroffenen SchülerInnen bezüglich ihres Lernverhaltens, nicht jedoch bezüglich des nachzuholenden Fachwissens. Die ILB ist zeitlich begrenzt und – anders als der Förderunterricht – gegenstandsunabhängig.



von **Christine Mössler**
(HLW Graz, stv. Vorsitzende
des Fachausschusses
Steiermark)

Was sind die Ziele?

Die Neue Oberstufe soll Individualisierung und Kompetenzorientierung fördern sowie Motivation und Eigenverantwortung der SchülerInnen stärken. Schulstufenwiederholungen wird es nur noch sehr eingeschränkt geben, was eine Ersparnis nicht nur für den Staat, sondern auch für die Eltern bedeutet. Den Schülerinnen und Schülern wiederum bleibt der Wechsel des Klassenverbandes, der Verlust an Ausbildungs- und Lebenszeit sowie die Notwendigkeit erspart, auch in den positiv abgeschlossenen Fächern den gesamten Stoff ein zweites Mal lernen zu müssen. Selbst bei einer Wiederholung der Klasse bleiben positive Leistungen aus dem Vorjahr erhalten. Frühwarnsysteme und individuelle Lernbetreuung gewinnen an Bedeutung, ebenso die Begabungsförderung, da besonders Begabte Module vorziehen können, womit für sie auch ein früherer Antritt zur RDP möglich wird. Ziel der NOST ist durch die Semestrierung auch eine adäquatere Vorbereitung auf das Studium – erst bis zum Ende, also vor der Matura, müssen alle „Scheine“ (Zeugnisse) gesammelt sein.

Alles bestens? – Jein!

Die oben genannten Neuerungen und Ziele sind durchaus zu begrüßen. Es bleiben aber Problembereiche, die mit dem nötigen politischen Willen gerade jetzt, da die NOST verschoben wird, leicht zu reparieren sind:

- Die Semestrierung in der Matura-/Abschlussklasse sollte abgeschafft werden! Das kurze zweite Semester mit seinen Schularbeiten, Prüfungen und Tests setzt die SchülerInnen unnötig unter Stress, was sich durch ein ungeteiltes letztes Jahr leicht vermeiden ließe.
- Die Neue Oberstufe als Reform darf nicht dem Faktor Kostenneutralität unterworfen bleiben! Derzeit sind keinerlei finanzielle Ressourcen für die zusätzlichen Aufgaben, die durch die NOST für Schuladministration, KlassenvorständInnen und LehrerInnen entstehen, vorgesehen, d.h. für den zweifelsohne hohen, noch gar nicht wirklich abzuschätzenden Mehraufwand der NOST, gibt es keinerlei finanzielle Abgeltung bzw. Werteeinrechnungen. Einzige Ausnahme: die Lernbegleitung – hier gibt es eine Abgeltung von 35,84.-€ / Betreuungsstunde.

Der Dienstgeber sollte daher die Einführung der NOST dazu nützen, das von den LehrerInnenvertretungen wieder und wieder geforderte administrative Zusatzpersonal an den Schulen zu implementieren und damit seine Wertschätzung für unsere Arbeit zum Ausdruck bringen.

- Die Tatsache, dass es in der NOST Lernbegleitung gibt, ist absolut positiv. Es drängt sich aber die Frage auf, ob die dafür vorgesehene Ausbildung nicht auf eine breitere Basis gestellt gehört, und auch wie sinnvoll es ist, eigene, schulinterne LehrerInnen für diese Funktion heranzuziehen.

Zu ILBs sollten PsychologInnen und SozialarbeiterInnen ausge-

bildet werden, die bereits Erfahrung mit Lerncoaching haben und über die Lernbegleitung hinaus den Schulen in ihrer ursprünglichen Funktion zur Verfügung stehen. Unsere Schulen brauchen diese professionelle Unterstützung durch PsychologInnen und SozialarbeiterInnen dringendst!

Diesen Forderungen dürfen sich der Dienstgeber und die neue Bildungsministerin nicht verschließen, soll die NOST ein Erfolg werden und unser Bildungssystem Schülerinnen und Schülern bestmögliche Bedingungen für ihr Lernen und ihre Entwicklung bieten. Nur so können wir nämlich den viel zitierten Herausforderungen der Zukunft gerecht werden und die ebenso gern beschworene internationale Wettbewerbsfähigkeit erreichen!

Bildungsverlust

Diplomarbeiten, Vorbereitungsstunden ... warum unsere SchülerInnen die eigentlichen VerliererInnen der neuen Reifeprüfung sind.

Jetzt, zwischen schriftlicher und mündlicher Reifeprüfung (RDP), kann über die neue Form der RDP eine erste Bilanz gezogen werden. Die Diplomarbeiten wurden präsentiert – in den allermeisten Fällen waren es sicher sehr ansprechende bis ausgezeichnete Arbeiten, mit Herzblut geschrieben und betreut. Aber sie haben das letzte Schuljahr verändert.

Sehr viel Energie fließt nun in diese Richtung. Da die offizielle Genehmigung des Themas erst im Herbst erfolgt, muss sie eigentlich im Abschlussjahr verfasst werden, und das in einem Ausmaß von 100 bis 200 Stunden außerhalb der Schulzeit.

Dazu der entbehrliche Zwang zum Verfassen in Teams, was die Arbeit nicht erleichtert, sondern den Aufwand stark erhöht, gerade wenn wir die im berufsbildenden Schulwesen oft extremen Wohndistanzen zwischen den einzelnen SchülerInnen bedenken. Abgabetermin und Präsentation in einer eigenen Veranstaltung vor der schriftlichen Matura führen dazu, dass das zweite Semester völlig im Bann der Diplomarbeit steht und gelingender sinnvoller Unterricht wesentlich schwieriger ist als früher. Für die betreuenden LehrerInnen ist es ebenfalls sehr aufwändig. Die Betreuung soll ja unbedingt weder in der eigenen Unterrichtszeit noch in jener der SchülerInnen stattfinden. Wie soll das tatsächlich in allen Fällen in einer Schulform funktionieren, die längst eine Ganztageschule ist, wo bis in den frühen Abend hinein unterrichtet wird? Diese Umstände führen dazu, dass nun wesentlich weniger Zeit für gute Lern- und Lehrkultur bleibt.

Die finanzielle Abgeltung der Betreuungsarbeit steht dabei in keiner vernünftigen Relation zum enormen Aufwand, der dahinter steckt. Dennoch kosten die Diplomarbeiten natürlich eine Riesensumme, weil sie ja für alle SchülerInnen bezahlt werden müssen. Geld ist rar im Bildungswesen, kaum eine Maßnahme der letzten 20 Jahre in den höheren Schulen stand nicht unter der Maxime „Kostenneutralität“. Jetzt haben wir die Kosten – woher also nehmen wir das Geld? Ganz einfach: Wir streichen die Vorbereitungsstunden für die mündlichen Prüfungen auf ein absolutes Minimum.



von **Karlheinz Rohrer**
(BAKIP Hartberg,
Fachausschuss Stmk.)

Ein Beispiel: Ich unterrichte Pädagogik mit drei Stunden in der Abschlussklasse. Wir haben drei 5. Klassen, bisher ergab das also mit dem Vierfachen der Wochenstundenanzahl dreimal zwölf also insgesamt 36 Vorbereitungsstunden. In diesem Jahr – es treten knapp weniger als 20 SchülerInnen mündlich an – dürfen sich die LehrerInnen der Abschlussklassen insgesamt 4(!) Vorbereitungsstunden teilen. Weil ja nur mehr pro Jahrgang und nicht mehr pro Klasse vorbereitet wird. Dieselbe Rechnung lässt sich für nahezu alle anderen Fächer ähnlich aufstellen.

Das ist natürlich nicht das Resultat sinnvoller pädagogischer Überlegungen, sondern ganz simpel eine riesige Sparmaßnahme auf dem Rücken der SchülerInnen und LehrerInnen. Viele KollegInnen ertragen es nicht, ihre SchülerInnen jetzt kurz vor

den abschließenden Prüfungen so allein zu lassen und machen freiwillig und unbezahlt wesentlich mehr Vorbereitung.

Vielleicht hat das Ministerium damit ohnehin gerechnet. Das darf aber nicht die Lösung sein. Auf den ersten Aufschrei, der losging, haben wir noch die zynische Reaktion seitens Heinisch-Hosek im Ohr, wir „dürfen“ ab Notenschluss in unseren regulären Stunden auf die mündlichen Fächer vorbereiten. Dieser Vorschlag ist wirklich perfide, unterstellt er doch, dass wir bisher diese Stunden ungenutzt verstreichen hätten lassen. Zudem ist die Aufnahmebereitschaft seitens der SchülerInnen in den Tagen vor der „Zentralmatura“ für andere Fächer enden wollend.

Wie müssen LehrerInnen darauf reagieren? Sie müssen einen noch wesentlich größeren Teil des letzten Schuljahres dazu verwenden, gezielt auf diese Prüfungen vorzubereiten, wieder weniger Zeit für Inhalte und Begegnungen abseits dieses alles beherrschenden Zieles. Gerade in dem Jahr, in dem unsere SchülerInnen am weitesten sind, eigentlich am aufnahmebereitesten sein müssten, in dem es fantastisch wäre, Themen mit ihnen zu bearbeiten, zu hinterfragen. Gerade in diesem Jahr fließt ein Großteil der Energie in Richtung „teaching and learning for the test“. Das ist schade! (Und führt mich persönlich wieder einmal dazu, die Sinnhaftigkeit der Matura als Ganzes zu hinterfragen, aber das ist eine andere Geschichte.)